



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

48. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 18. August 1995

Nummer 64

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
203013		Berichtigung zum RdErl. d. Innenministeriums v. 24. 5. 1995 (MBl. NW. S. 862) Fachpraktische Studienzeit im Rahmen des Studiums für den Laufbahnabschnitt II des Polizeivollzugsdienstes	1248
20500 2053	6. 7. 1995	RdErl. d. Innenministeriums Aufgabenabgrenzung zwischen Kriminal- und Schutzpolizei bei der Bearbeitung von Strafermittlungsvorgängen	1248

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite
4. 6. 1995	1250
Ministerium für Bauen und Wohnen Bek. - Lagebericht und Jahresabschluß der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen - Anstalt der Westdeutschen Landesbank Girozentrale -	

I.

20500

2053

**Aufgabenabgrenzung
zwischen Kriminal- und Schutzpolizei
bei der Bearbeitung
von Strafermittlungsvorgängen**

RdErl. d. Innenministeriums v. 6. 7. 1995 – IV D 1 – 653

Der RdErl. v. 9. 9. 1980 (SMBl. NW. 20500) wird aufgehoben.

– MBl. NW. 1995 S. 1248

203013

Berichtigungzum RdErl. d. Innenministeriums
v. 24. 5. 1995 (MBl. NW. S. 862)

**Fachpraktische Studienzeit
im Rahmen des Studiums für den
Laufbahnabschnitt II des Polizeivollzugsdienstes**

Anlage 1 Die Anlage 1 ist gegen die neugefaßte Anlage 1 auszutauschen.

Die Nummer 4.3 des RdErl. entfällt.

Anlage 1

Studienverlauf

1. 9.-7. 9.
8. 9.-14. 9.
15. 9.-21. 9.
22. 9.-28. 9.
29. 9.-5. 10.
6. 10.-12. 10.
13. 10.-19. 10.
20. 10.-26. 10.
27. 10.-2. 11.
3. 11.-9. 11.
10. 11.-16. 11.
17. 11.-23. 11.
24. 11.-30. 11.
1. 12.-7. 12.
8. 12.-14. 12.
15. 12.-21. 12.
22. 12.-28. 12.
29. 12.-4. 1.
5. 1.-11. 1.
12. 1.-18. 1.
19. 1.-25. 1.
26. 1.-1. 2.
2. 2.-8. 2.
9. 2.-15. 2.
16. 2.-22. 2.
23. 2.-1. 3.
2. 3.-8. 3.
9. 3.-15. 3.
16. 3.-22. 3.
23. 3.-29. 3.
30. 3.-5. 4.
6. 4.-12. 4.
13. 4.-19. 4.
20. 4.-26. 4.
27. 4.-3. 5.
4. 5.-10. 5.
11. 5.-17. 5.
18. 5.-24. 5.
25. 5.-31. 5.
1. 6.-7. 6.
8. 6.-14. 6.
15. 6.-21. 6.
22. 6.-28. 6.
29. 6.-5. 7.
6. 7.-12. 7.
13. 7.-19. 7.
20. 7.-26. 7.
27. 7.-2. 8.
3. 8.-9. 8.
10. 8.-16. 8.
17. 8.-23. 8.
24. 8.-31. 8.

1. Jahr	EP	S I = 31 Wochen insgesamt	VZ	S I	S II (Praktikum) = 19 Wochen insgesamt
2. Jahr	S II	S III = 18 Wochen insgesamt	VZ	S III	S IV (Praktikum) = 32 Wochen
3. Jahr	S IV	S V (Projekt) = 18 Wochen insgesamt	VZ	S V	S VI = 19 Wochen
					SS AP = 8 Wochen
					VZ
					MS

EP = Einführungspraktikum

AP = Abschlußpraktikum

VZ = vorlesungsfreie Zeit

SS = schriftliche Staatsprüfung

MS = mündliche Staatsprüfung

II.

Ministerium für Bauen und Wohnen

**Lagebericht und Jahresabschluß
der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen
– Anstalt der Westdeutschen Landesbank Girozentrale –**

Bek. d. Ministeriums für Bauen und Wohnen vom 4. 6. 1995 –
IV C 5-4109.32-526/95

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Wfa

Förderungsmaßnahmen 1994

Die Wohnungsmarktlage machte auch 1994 ein besonders Engagement für die wirtschaftlich schwächeren Privathaushalte notwendig. Auch im vierten Jahr des mehrjährigen Wohnungsbauprogramms der Landesregierung wurde der 1990 vorgegebene Mindestumfang der Förderung von jährlich 26700 Wohneinheiten deutlich übertroffen.

Insgesamt war für 1994 die Förderung von 32794 Wohneinheiten vorgesehen, nachdem 1993 für 35275 Wohneinheiten Fördermittel bewilligt worden waren. Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, daß in 1993 erhebliche Restmittel, insbesondere aus dem Bundeshaushalt, aus dem Jahre 1992 noch zur Verfügung standen. Die Differenz konnte trotz Erhöhung der Mittel aus dem Landeswohnungsbauvermögen nicht vollständig ausgeglichen werden. Für das Wohnungsbauprogramm 1994 wurde insgesamt ein Bewilligungsvolumen von 3320 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Der Großteil dieser Mittel (1636 Mio. DM) stammte wiederum aus dem Landeswohnungsbauvermögen. Aus dem Landeshaushalt wurden 845 Mio. DM bereitgestellt. Die Bundesmittel beliefen sich auf 628 Mio. DM; hinzu kamen noch 211 Mio. DM an Bundestreuhandmitteln für den Bergarbeiterwohnungsbau.

Das Wohnungsbauprogramm 1994 wurde in bezug auf die zu fördernden Wohnungen erfüllt; lediglich im Bereich der Eigentumsmaßnahmen konnte der vorgegebene Programmrahmen zu einem geringen Teil nicht ausgeschöpft werden, weil weitere Anträge nicht vorlagen. Es wurden insgesamt Mittel zum Neubau (einschließlich Erwerb) von 30915 Wohneinheiten (davon 1276 Wohneinheiten im Bergarbeiterwohnungsbau) bewilligt.

Dies waren im einzelnen

- 17987 Miet- und Genossenschaftswohnungen einschließlich Altenwohnungen,
- 9371 Eigentumsmaßnahmen und
- 3557 Wohnheimplätze.

Insgesamt wurden hierfür 3023 Mio. DM Fördermittel (davon 129 Mio. DM Bundestreuhandmittel) als – zunächst zinslose – Bau- und Aufwendungsdarlehen zugesagt.

Neben dem Neubau behielt auch die Modernisierung von Wohnraum ihren hohen Stellenwert. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich hier sogar die Förderzusagen. Mit einem Mittelvolumen von 230 Mio. DM (davon 11 Mio. DM aus Bundestreuhandmitteln) konnte die bauliche Erhaltung und Verbesserung von insgesamt 9641 Wohnungen unterstützt werden.

Dies waren im einzelnen

- 8431 Miet- und Genossenschaftswohnungen,
- 497 Eigentumsmaßnahmen und
- 713 Wohnheimplätze.

Die bewährten Programme „Wohneigentumssicherungshilfe“ und „Härteausgleich“ zur Sicherung eines preiswerten Wohnungsbestandes wurden auch 1994 fortgesetzt.

Im Rahmen der „Wohneigentumssicherungshilfe“ konnte 31 Familien, die sich in einer besonderen finanziellen Notlage befanden, der Verlust der eigengenutzten Wohnung erspart werden. Hierfür wurden insgesamt 1,75 Mio. DM aufgewendet.

Mit Härteausgleichsmaßnahmen wurden im Berichtsjahr in 16146 öffentlich geförderten Wohnungen die Mieten für berechnete Haushalte auf ein tragbares Niveau gesenkt. Die hierfür eingesetzten Aufwendungszuschüsse beliefen sich auf 31,1 Mio. DM.

Entwicklung der Bilanzsumme sowie des Geschäfts- und Kreditvolumens

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 1994 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,5 Mrd. DM auf 38,0 Mrd. DM, die Zunahme betrug 4,2%. Unter Einschluß der Bürgschaften und Gewährleistungsverträge betrug das gesamte Geschäftsvolumen 38,6 Mrd. DM gegenüber 37,2 Mrd. DM im Vorjahr.

Das Volumen des langfristigen Förderkreditgeschäfts einschließlich der Ausleihungen im Treuhandvermögen, der Bürgschaften und der Gewährleistungsverträge erhöhte sich um 2 Mrd. DM auf 38,6 Mrd. DM.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen erhöhten sich von 5,7 Mrd. DM um 0,4 Mrd. DM auf 6,1 Mrd. DM.

Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die langfristigen Ausleihungen stiegen um rd. 1,9 Mrd. DM auf 35,9 Mrd. DM. Sie betrugen 94,47% der Bilanzsumme. Den Darlehensauszahlungen, die sich auf 3,1 Mrd. DM beliefen, standen Tilgungen in insgesamt 1,2 Mrd. DM gegenüber. In den Tilgungen sind außerplanmäßige Tilgungen in Höhe von 0,5 Mrd. DM sowie Ablösungen und Kapitalnachlässe von 0,1 Mrd. DM enthalten.

Für die Finanzierung der Darlehensauszahlungen wurden die Rückflüsse aus den von der Wfa gewährten Darlehen und Zuweisungen aus dem Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Darüber hinaus war die Aufnahme von Kapitalmarktmitteln erforderlich.

Die Ertragsentwicklung war im wesentlichen durch ein rückläufiges Zinsergebnis gekennzeichnet, so daß für das Geschäftsjahr 1994 eine auf 55 Mio. DM gestiegene Zinserstattung durch das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt. Das Jahresergebnis von 143 Mio. DM wurde dem Landeswohnungsbauvermögen zugeführt.

Ausblick

Für die Sicherung „einer ausreichenden Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsschichten“ (§ 1 II. WoBauG) kann auch in Zukunft auf den sozialen Wohnungsbau nicht verzichtet werden. Die Förderung muß 1995 und auf absehbare Zeit in etwa auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden, um der drastischen Verringerung des Sozialwohnungsbestandes durch den Auslauf von Bindungen entgegenzuwirken.

Im wesentlichen wird die Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1995 auf das schon in der Vergangenheit bewährte wohnungspolitische Instrumentarium zurückgreifen. Die finanziellen Engpässe in den öffentlichen Haushalten führen möglicherweise zu einem Rückgang der Mittel. Gleichzeitig erhöht sich durch die Anhebung der Einkommensgrenzen zum 1. Oktober 1994 die Zahl der Haushalte, die einen Wohnberechtigungsschein beantragen können, beträchtlich. Hieraus resultiert für die Wohnungsbauförderung eine schwierigere Gemengelage als in der Vergangenheit.

– Anstalt der Westdeutschen Landesbank Girozentrale –

Aktivseite

	DM	DM	DM	31. 12. 1993 TDM
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		17 325,54		20
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		—,—		—
darunter:				(—)
bei der Deutschen Bundesbank	—,— DM			
c) Postbankguthaben		178 576,48		3 408
			195 902,02	3 428
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		3 996 796,63		2 588
b) Kommunalkredite		16 635 593,04		32 734
c) andere Forderungen		266 405 481,81		165 367
darunter:				(164 975)
täglich fällig	266 186 586,84 DM			(—)
gegen Beleihung von Wertpapieren	—,— DM			
			287 037 871,48	200 689
3. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		34 037 656 906,03		32 192 166
b) Kommunalkredite		1 886 912 548,06		2 118 777
c) andere Forderungen		66 148 977,26		56 145
darunter:				(—)
gegen Beleihung von Wertpapieren	—,— DM			
			35 990 718 431,35	34 367 088
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				(—)
aa) von öffentlichen Emittenten	—,—			(—)
ab) von anderen Emittenten	—,—	—,—		(—)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				(—)
ba) von öffentlichen Emittenten	—,—			11 828
bb) von anderen Emittenten	11 143 551,25			11 828
darunter:		11 143 551,25		11 828
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	8 013 850,— DM			(8 137)
c) eigene Schuldverschreibungen		—,—		(—)
Nennbetrag:	—,— DM			
			11 143 551,25	11 828
5. Treuhandvermögen				
darunter:				
Treuhandkredite	1 721 742 639,56 DM		1 721 742 639,56	1 892 645
				(1 892 645)
6. Sachanlagen			756 410,77	742
7. Sonstige Vermögensgegenstände			8 881 105,—	9 758
8. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		205 278,08		211
b) andere		2 095,68		—
			207 373,76	211
Summe der Aktiven			38 020 683 285,19	36 486 389

Passivseite

	DM	DM	DM	31. 12. 1993 TDM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		—,—		—
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		—,—		—
c) andere Verbindlichkeiten		7 271 031 097,57		6 853 445 (—)
darunter: täglich fällig	—,— DM			
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen				
an den Darlehensgeber ausgehändigte				(—)
Hypotheken-Namenspfandbriefe	—,— DM			(—)
und öffentliche Namenspfandbriefe	—,— DM			
			7 271 031 097,57	6 853 455
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		—,—		—
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		—,—		—
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von				
drei Monaten	—,—			—
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von				
mehr als drei Monaten	—,—			—
d) andere Verbindlichkeiten		608 325 527,85		550 362 (31 077)
darunter: täglich fällig	148 551 946,72			
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen				
an den Darlehensgeber ausgehändigte				(—)
Hypotheken-Namenspfandbriefe	—,— DM			(—)
und öffentliche Namenspfandbriefe	—,— DM			
			608 325 527,85	550 362
3. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter: Treuhandkredite	1 721 742 639,56		1 721 742 639,56	1 892 645 (1 892 645)
4. Sonstige Verbindlichkeiten				
			8 198 662,62	1 535
5. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		—,—		—
b) andere		2 892,10		6
			2 893,10	6
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und				
ähnliche Verpflichtungen		100 146 780,—		98 015
b) Steuerrückstellungen		—,—		—
c) andere Rückstellungen		44 092 796,31		52 231
			144 239 576,31	150 246
7. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital und Landeswohnungs-				
bauvermögen		28 125 159 182,45		26 896 156
b) Kapitalrücklage		—,—		—
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	—,—			—
cb) Rücklage für eigene Anteile	—,—			—
cc) satzungsmäßige Rücklage	10 000 000,—			10 000
cd) andere Gewinnrücklagen	131 983 705,73		141 983 705,73	131 984
				141 984
d) Bilanzgewinn		—,—		—
			28 267 142 888,18	27 038 140
Summe der Passiven			38 020 683 285,19	36 486 389
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weiter-				
gegebenen abgerechneten Wechseln		—,—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		570 402 259,75		683 573
c) Haftung aus der Bestellung von		—,—		—
Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				
			570 402 259,75	683 573
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		—,—		—
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen		—,—		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		6 083 377 700,56		5 660 162
			6 083 377 700,56	5 660 162

**Wohnungsbauförderungsanstalt
Nordrhein-Westfalen**

– Anstalt der Westdeutschen Landesbank Girozentrale –

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1994

Aufwendungen

	DM	DM	DM	1993 TDM
1. Zinsaufwendungen			304 062 516,94	261 800
2. Provisionsaufwendungen			4 999 450,—	5 380
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	44 769 881,30			47 288
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Alters- versorgung	13 914 304,08			20 292
	8 373 562,84 DM	58 684 185,38		67 580 (14 538)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		27 370 651,37	86 054 836,75	29 653 97 233
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			166 032,44	344
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			711 477,43	700
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			—	—
7. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen			21 301,30	16
8. Zuführung an das Landeswohnungs- bauvermögen			142 605 682,38	120 287
9. Jahresüberschuß			—	—
		Summe der Aufwendungen	538 621 297,24	485 760

			Erträge
	DM	DM	1993 TDM
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	434 583 635,23		412 768
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	969 427,50		1 199
		435 553 062,73	413 967
2. Zinserstattung durch das Land Nordrhein-Westfalen		55 526 250,58	25 251
3. Provisionserträge		24 968 064,79	24 659
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		1 824 394,19	4 091
5. Sonstige betriebliche Erträge		20 749 524,95	17 792
Summe der Erträge		538 621 297,24	485 760

Anhang zum 31. Dezember 1994**Allgemeine Angaben zum Jahresabschluß und zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden****Aufstellung des Jahresabschlusses**

Die Aufstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1994 erfolgte nach den Vorschriften des HGB sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) vom 10. Februar 1992.

Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht dem für Realkreditinstitute vorgeschriebenen Formblatt mit bestimmten, durch landesrechtliche Vorschriften bedingten Erweiterungen.

Forderungen an das Land werden im Geschäftsjahr unter der Bilanzposition Forderungen an Kunden bei Kommunalkrediten ausgewiesen. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde der Vorjahresausweis um 328782 TDM angepaßt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Forderungen sind mit ihrem Restkapital ausgewiesen. Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert; zugehörige Disagien sind als Rechnungsabgrenzungsposten erfaßt.

Im Hinblick auf die im wesentlichen kongruente Finanzierung durch das Sonderkapital Landeswohnungsbauvermögen sind die überwiegend un- und unterverzinslichen Förderkredite gegenüber Kunden und Kreditinstituten wie in den Vorjahren zu Nominalwerten bewertet.

Akuten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft und bei sonstigen Vermögensgegenständen wurden durch ausreichend bemessene Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Zur Abdeckung latenter Risiken wurden Pauschalwertberichtigungen gebildet, die auch das besondere Risiko bei nachrangigen Förderdarlehen berücksichtigen.

Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden aktivisch abgesetzt. Uneinbringliche Forderungen wurden abgeschrieben.

Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beibehaltung der niedrigeren Vorjahreswerte.

Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bewertet. Die Wahl der Abschreibungssätze erfolgte in Anlehnung an die jeweils steuerrechtlich anerkannte Nutzungsdauer des Gegenstandes. Geringwertige Anlagegegenstände wurden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die Bewertung der im Hypothekengeschäft übernommenen Grundstücke und Gebäude erfolgte nach den für Umlaufvermögen geltenden Vorschriften.

Die Bemessung der Pensionsrückstellungen und der Rückstellungen für Vorruhestandszahlungen basieren auf versicherungsmathematischen Gutachten, die unter Anwendung des Teilwertverfahrens und eines Rechnungszinsfußes von 6% erstellt wurden.

Die übrigen unter anderen Rückstellungen ausgewiesenen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und sind ausreichend bemessen.

Dem Ausweis der Bürgschaftsverpflichtungen liegen in 1994 zugewandene Obligomeldungen der Gläubiger verbürgter Darlehen zugrunde. Tilgungen bis zum Bilanzstichtag wurden rechnerisch ermittelt und vom Ausweis abgesetzt.

In Anpassung an den derzeitigen Meinungsbildungsprozeß zur Abgrenzung des Begriffs „unwiderrufliche Kreditzusagen“ werden unter dieser Position erstmalig Auszahlungsverpflichtungen analog der bankaufsichtlichen Regelung ausgewiesen. Der Vorjahresausweis wurde entsprechend angepaßt.

Gliederung bestimmter Forderungen und Verbindlichkeiten nach ihrer Fristigkeit

	Ursprünglich vereinbarte Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
	weniger als drei Monaten	mindestens drei Mo- naten, aber weniger als vier Jahren	vier Jahren oder länger
	TDM	TDM	TDM
Forderungen an Kreditinstitute (soweit nicht als täglich fällig ausgewiesen)			
a) Hypothekendarlehen	–	–	3 997
b) Kommunaldarlehen	–	–	16 626
c) andere Forderungen	219	–	–
	219	–	20 623
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
c) andere Verbindlichkeiten	44 404	–	7 226 448 vor Ablauf von 4 Jahren fällig: 2 785 493

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) andere Verbindlichkeiten	57 933	15 167	386 674 vor Ablauf von 4 Jahren fällig: 27 256
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		bis zu 4 Jahren	mehr als 4 Jahren
bb) von anderen Emittenten	-	-	11 144
Forderungen an Kunden		weniger als 4 Jahren	4 Jahren oder länger
a) Hypothekendarlehen		-	33 973 154
b) Kommunaldarlehen		-	1 884 699
c) andere Forderungen		93 078	39 787
		93 078	35 897 640

Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Der unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ausgewiesene Bestand an Förderdarlehen vor Berücksichtigung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Mrd. DM erhöht. Den Zugängen in Höhe von insgesamt 3,1 Mrd. DM stehen Abgänge in Höhe von 1,2 Mrd. DM gegenüber.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Im Bestand an festverzinslichen Wertpapieren der Wfa befinden sich ausschließlich börsennotierte Wertpapiere der Liquiditätsreserve.

Treuhandvermögen

Die unter Treuhandvermögen aktivierten Vermögensgegenstände stellen sich in der Aufgliederung nach Bilanzpositionen wie folgt dar:

Forderungen an Kreditinstitute	TDM	TDM
a) Hypothekendarlehen	790	
b) Kommunaldarlehen	96	
c) andere Forderungen	0	
		886
Forderungen an Kunden		
a) Hypothekendarlehen	1 625 869	
b) Kommunaldarlehen	59 901	
c) andere Forderungen	35 087	
		1 720 857
Treuhandvermögen gesamt		1 721 743

Sachanlagen

Im Abgang sind historische Anschaffungskosten für die im Berichtsjahr veräußerte EDV-Anlage von 3 788 TDM enthalten.

Das Sachanlagevermögen entwickelte sich wie folgt:

	Anschaffungs- und Herstellungskosten	Zugang	Abgang	Bruttowerte 31. 12. 1994	Zuschreibung	kumulierte Abschreibung	davon Abschreibung lfd. Jahr	Buchwert 31. 12. 1994
	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM
eigegenutztes Grundstück und Verwaltungsgebäude	287	0	0	287	0	- 10	- 5	277
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6 262	186	-5 137	1 311	0	-831	-161	480
	6 549	186	-5 137	1 598	0	-841	-166	757

Sonstige Vermögensgegenstände

Unter sonstigen Vermögensgegenständen werden mit 7 630 TDM im wesentlichen im Hypothekengeschäft zur Vermeidung von Kreditverlusten übernommene Grundstücke und Gebäude ausgewiesen. Der Bestand verminderte sich nach Zugängen von 17 Objekten und Abgängen von 24 Objekten auf 36 Objekte.

Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den hier ausgewiesenen Beträgen handelt es sich im wesentlichen um Disagien aus aufgenommenen Schuldscheindarlehen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden

Die gegenüber Kreditinstituten und Kunden bestehenden Verbindlichkeiten betreffen im wesentlichen Schuldscheindarlehen und schuldscheinlose Darlehen nebst anteiliger Zinsen zur Finanzierung von Auszahlungen der Förderkredite.

Treuhandverbindlichkeiten

Die unter Treuhandverbindlichkeiten passivierten Verpflichtungen stellen sich in der Aufgliederung nach Bilanzpositionen wie folgt dar:

	TDM
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	
c) andere Verbindlichkeiten	1 033 149
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
d) andere Verbindlichkeiten	<u>688 594</u>
Treuhandverbindlichkeiten insgesamt	1 721 743

Sonstige Verbindlichkeiten

Der Ausweis enthält mit 6 851 TDM Verbindlichkeiten gegenüber einem Kreditinstitut.

Rückstellungen

In den anderen Rückstellungen ist eine nach § 20 Wohnungsbauförderungsgesetz zu bildende Bürgschaftssicherungsrückstellung von 30 Mio. DM enthalten. Sie ist in Höhe von 5% auf den um Bürgschaften, für die wegen zu erwartender Bürgschaftsinanspruchnahme Einzelrückstellungen gebildet wurden, geminderten Bürgschaftsbestand gebildet.

Gezeichnetes Kapital und Landeswohnungsbauvermögen

Im Ausweis ist unverändert gegenüber dem Vorjahr ein Grundkapital von 100 000 000,00 DM enthalten.

Das mit 28 025 159 182,45 DM ausgewiesene Landeswohnungsbauvermögen gehört gemäß § 16 Wohnungsbauförderungsgesetz neben dem Grundkapital, den Rücklagen und Forderungen und sonstigen Rechten zum Vermögen der Wohnungsbauförderungsanstalt.

Nach § 21 Abs. 4 Wohnungsbauförderungsgesetz ist die Aufnahme von Darlehen nur zulässig, soweit die hierfür zu entrichtenden Zinsen die Zinseinnahmen der Wohnungsbauförderungsanstalt nicht übersteigen, es sei denn, daß sie für den übersteigenden Betrag Haushaltsmittel vom Land erhält. Zuschüsse dürfen nur gewährt werden, soweit die Wohnungsbauförderungsanstalt Haushaltsmittel vom Land erhält.

Mit dieser Regelung wird gewährleistet, daß das Landeswohnungsbauvermögen für die Förderung des Wohnungswesens uneingeschränkt erhalten bleibt.

Das Landeswohnungsbauvermögen nahm im Berichtsjahr folgende Entwicklung:

	TDM	TDM
Bestand am 1. 1. 1994		26 796 157
- Haushaltsmittelzuweisungen	1 255 795	
- Zuführung des Überschusses der Erträge über die Aufwendungen	142 606	
- sonstige Zugänge	27 503	
Gesamtzugänge		1 425 904
- Zuschußgewährung an Dritte	74 004	
- Kapitalnachlässe und sonstige Abgänge	122 898	
Gesamtabgänge		196 902
Bestand am 31. 12. 1994		28 025 159

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**Zinsaufwendungen**

Unter Zinsaufwendungen werden mit 288 Mio. DM hauptsächlich Zinsen für aufgenommene langfristige und mittelfristige Schuldscheindarlehen sowie schuldscheinlose Darlehen ausgewiesen.

Provisionsaufwendungen

Diese Position beinhaltet zu leistende Verwaltungskostenbeiträge an die örtlichen Bewilligungsbehörden für die Durchführung der Bestands- und Besatzungskontrolle der öffentlich geförderten Wohnungen.

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten mit 241 Mio. DM Zinserträge und mit 187 Mio. DM laufende Verwaltungskostenbeiträge aus dem langfristigen Fördergeschäft.

Provisionserträge

Unter den Provisionserträgen werden mit 9 Mio. DM Erträge aus der treuhänderischen Verwaltung von Darlehen und Zuschüssen ausgewiesen. Darüber hinaus sind im Ausweis einmalige Verwaltungskostenbeiträge aus dem Darlehensgeschäft sowie Bürgschaftsgebühren enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen mit 15 Mio. DM Ausgleichszahlungen aufgrund nicht zweckgerechter Nutzung geförderter Wohnungen.

Ergebnisverwendung**Zuführung an das Landeswohnungsbauvermögen**

Aufgrund gesetzlicher und satzungsgemäßer Bestimmungen wurde der Überschuf der Erträge über die Aufwendungen dem Vermögen der Wohnungsbauförderungsanstalt zugeführt, so daß sich ein Bilanzgewinn nicht ergibt.

Sonstige Angaben**Kreditgewährungen an Mitglieder des Verwaltungsrates**

Die an Mitglieder des Verwaltungsrates insgesamt gewährten Kredite betrugen zum Bilanzstichtag 1 500,- DM.

Personalbestand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Jahresdurchschnitt 502 Mitarbeiter/innen - ohne Aushilfen - beschäftigt; davon 212 weibliche und 290 männliche Mitarbeiter.

Organe der Westdeutschen Landesbank Girozentrale**Gewährträgerversammlung**

Reinhard Abels
Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse Paderborn

Dr. Hans Baedeker
Staatssekretär,
Ministerium für Umwelt, Raumordnung und
Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Günter Berg
Ministerialdirigent,
Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Wolfgang Bodenbender
Staatssekretär,
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Ursula Bolte
Vorsitzende der
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe
Steinhagen

Wolfgang Clement
Minister,
Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Reinhard Fingerhut
Stadtdirektor
Velbert

Dr. Walter Hostert
Landrat
Lüdenscheid

Bernd Kiesow
Ltd. Ministerialrat,
Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Walter Kiwit
Oberkreisdirektor
Siegburg – bis 31. Oktober 1994

Dr. Roland Kirchhof
Oberstadtdirektor
Herne – ab 14. Juni 1994

Josef Kürten
Bürgermeister
Düsseldorf – bis 24. November 1994

Wilhelm Müser
Landrat,
stellv. Vorsitzender der Landschaftsversammlung
Rheinland
Velbert

Dr. Wolfgang Reichling
Ministerialdirigent,
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Wolfgang Riotte
Staatssekretär,
Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Gerhard Wattenberg
Landrat
Herford

Joachim Westermann
Staatssekretär,
Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Reinhard Wiederhold
Stadtdirektor
Witten

– bis 14. Juni 1994

Dr. Jürgen Wilhelm
Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland
Köln

Verwaltungsrat**Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende**

Dr. Manfred Scholle
Landesdirektor des
Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
Münster
Vorsitzender

Heinz Schleußer
Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
stellvertretender Vorsitzender

Günther Einert
Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
stellvertretender Vorsitzender

Dr. Dieter Fuchs
Landesdirektor des Landschaftsverbandes Rheinland
Köln
stellvertretender Vorsitzender

Johannes Fröhlings
Präsident des Rheinischen Sparkassen- und
Giroverbandes
Düsseldorf
stellvertretender Vorsitzender

Dr. Helmut Keßler
Geschäftsführender Präsident des Westfälisch-
Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes
Münster
stellvertretender Vorsitzender

Von Gewährträgern entsandte Mitglieder

Joachim Barbonus
Stadtdirektor
Bochum

Rolf Brunswig
Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse
Siegen

Leo Dautzenberg
Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses des
Landtags Nordrhein-Westfalen
Heinsberg

Professor Dr. Friedhelm Farthmann
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW
Düsseldorf

Michael Geuenich
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes
des DGB
Düsseldorf

Dr. Hans-Günter Grünwald
Pers. haftender Gesellschafter der Henkel KGaA
Düsseldorf

Hans-Peter Kämer
Vorsitzender des Vorstandes der Kreissparkasse
Köln – ab 1. Januar 1994

Dr. Hermann Krämer
Mitglied des Vorstandes der Veba AG
Düsseldorf – ab 1. Mai 1994

Heinz Kettler
Fabrikant
Ense-Parsit

Professor Heinz Ruhnau
Staatssekretär a. D.
Bonn

- bis 30. April 1994

Gustav Adolf Schröder
Vorsitzender des Vorstandes der Stadtparkasse Köln

Harry Voigtsberger
Vorsitzender der SPD-Fraktion
Landschaftsversammlung Rheinland
Aachen-Brand

Dr. Gerd Wixforth
Stadtdirektor
Gütersloh

Vertreter der Belegschaft der Bank

Fred Eicke
Prokurist
Düsseldorf

Helmut Heczko
Bankangestellter
Münster

Gerd-Uwe Löschmann
Prokurist
Düsseldorf

Manfred Nickel
Bankangestellter
Münster

Diethelm Quast
Prokurist
Münster

Hubertus Schreiber
Bankkaufmann
Münster

Marie-Antoinette Stutenbäumer-Hübner
Stadtwerke Moers GmbH,
Geschäftsführung
Moers

Gerhard Türck
Direktor
Münster

Peter Wagemann
Fachsekretär der Gewerkschaft Handel, Banken und
Versicherungen in der Bezirksverwaltung Münster
Münster

Ständige Vertreter der Vorsitzenden des Verwaltungsrates

Dr. Karlheinz Bentele
Staatssekretär,
Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Wolfgang Buchow
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Ferdinand Esser
Erster Landesrat
Landschaftsverband Rheinland
Köln

Josef Sudbrock
Erster Landesrat
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Münster

Heinz Biesenbach
Verbandsgeschäftsführer
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband
Düsseldorf

Dr. Rolf Gerlach
Verbandsgeschäftsführer
Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband
Münster

Vorstand

Friedel Neuber
Vorsitzender

Hans Henning Offen
stellvertretender Vorsitzender

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch
stellvertretender Vorsitzender

Wolfgang A. Burda - bis 28. Februar 1994

Dr. Dieter Falke

Dr. Adolf Franke - ab 2. Mai 1994

Dr. Rudolf Holdijk

Dr. Axel Kollar

Dr. Klaus Dieter Leister

Dr. Johannes Ringel

Hans-Peter Sättele

Jürgen Sengera

Ausschuß für Wohnungsbauförderung der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen

Ilse Brusi
Ministerin für Bauen und Wohnen
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Vorsitzende

Dr. Günter Berg
Ministerialdirigent
Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Brunhild Decking-Schwill, MdL
Dortmund

Dieter Diekmann
Oberstadtdirektor
Bonn

Dr. Horst Eller
Stadtdirektor
Espelkamp

Heinz Hunger, MdL
Bielefeld

Gunter Huonker
Staatsminister a.D.
Verband der Westdeutschen Wohnungswirtschaft e.V.
Düsseldorf

Wolfgang Jaeger, MdL
Gelsenkirchen

Henning Kreibohm
Oberkreisdirektor
Herford

Hanns Schaefer
Präsident
Gesamtverband Haus und Grund in NW e.V.
Köln

Günter-Wolfram Schorn
Ministerialdirigent
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Gerd-Peter Wolf, MdL
Essen

Siegfried Zellnig, MdL
Rechtsanwalt
Neuss

Volkmar Schultz, MdL
Köln

- bis 31. Dezember 1994

Robert Schumacher, MdL
Remscheid

- bis 14. Januar 1995

Reinhard Thomalla
Ministerialdirigent
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und
Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Geschäftsführung der Wohnungsbauförderungsanstalt

Rainer Hofmann

Alfred Neugebauer

Bernhard Wachter
Stadtdirektor
Mechernich

Erwin Pfänder

Eberhard Ullrich

Aufsicht über die Wohnungsbauförderungsanstalt

Die staatliche Aufsicht über die Wohnungsbauförderungsanstalt führt das für die Aufsicht über die Westdeutsche Landesbank Girozentrale zuständige Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bauen und Wohnen.

Düsseldorf/Münster, den 14. Februar 1995

Westdeutsche Landesbank Girozentrale

Der Vorstand

Neuber
Dr. Falke
Dr. Kollar
Sättele

Offen
Dr. Franke
Dr. Leister
Sengera

Dr. Prautzsch
Dr. Holdijk
Dr. Ringel

Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.

Düsseldorf, den 24. Februar 1995

Deutsche Baurevision Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Zens
Wirtschaftsprüfer

Schmitz-Pfeiffer
Wirtschaftsprüfer

- MBl. NW. 1995 S. 1250.

Einzelpreis dieser Nummer 7,95 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (02 11) 96 82/229, Tel. (02 11) 96 82/238 (8.00-12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
Bezugspreis halbjährlich 98,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 196,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (02 11) 96 82/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages - in welcher Form auch immer - bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569